Redaktion, Druck und Verlag
von R. Graßmann in Stettin
Schulzenstraße Nr. 17

Abonnementspreis vierteljährlich in Stettin 1⅓ Thlr.,
außerhalb 1$^{1}/_{12}$ Thlr.
Insertionsgeb.: für die gespaltene Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner  Zeitung

105. Jahrgang der „Privilegirten Stettiner Zeitung."

No. 216. Abend- Mittwoch den 9. Mai. Ausgabe. 1860.

Amtliche Nachrichten.

Se. Königl. Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Maj. des Königs, Allergnädigst geruht:

Dem Kreisphysikus Dr. Juncker zu Bromberg den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

Deutschland.

(*) **Berlin**, 8. Mai. Die Union Preußens und Baierns, so betitelt sich eine kleine in Breslau erschienene Schrift von Ferdinand Fischer. Der Verfasser hält es aus zwei Gründen für unmöglich, daß jemals die Errichtung eines das ganze nichtöstreichische Deutschland umfassenden Bundesstaates gelingen werde; einmal, weil Baiern zu stark sei, als daß es nicht durch seinen Einfluß auf die übrigen Bundesglieder ein solches Werk vereiteln könnte, und sodann, weil das Volk Süddeutschlands sich niemals der preußischen Hegemonie fügen werde. Deshalb wird vorgeschlagen, daß Preußen sich mit Baiern verbunden, jenes Norddeutschland, dieses Süddeutschland zu einem Bundesstaate einige, beide leitenden Staaten aber, nebeneinander noch verbündet, das Bundesverhältniß zu Oestreich pflegten. Begreiflicherweise findet dieser Plan in Baiern deshalb große Anerkennung, weil, wie die Süddeutsche Zeitung sagt, doch endlich einmal ein Preuße die Bedeutung Baierns anerkenne. Aber auch selbst diese baiersche Zeitung sagt am Schluß ihres erfreuenden und anerkennenden Artikels, man müsse zweifeln, ob der von Herrn Fischer vorgeschlagene Plan durchführbar sei. Selten ist wohl ein Zweifel so begründet gewesen, als dieser von der Südd. Z. ausgesprochen. Zunächst ist es durchaus nicht wahrscheinlich, daß Baiern selbst auf diesen Plan eingehen würde; denn der Südd. Bundesstaat, nur 9 Millionen Seelen umfassend, könnte nur eine sehr untergeordnete Rolle spielen neben dem norddeutschen, dessen Bevölkerung 27 Millionen betragen würde, von denen zwei Drittel dem centralisirten Preußen angehörten. Mit Recht müßte man in München voraussehen, daß die vorgeschlagene Bildung nur die Brücke zur Herstellung des ganzen sog. kleindeutschen Bundesstaates sein würde und deshalb es vorziehen bei dem jetzigen Zustande zu bleiben. Aber auch wenn Baiern auf den Vorschlag einginge, würde damit schon der Widerstand Oestreichs und Frankreichs beseitigt, würden Hannover und Sachsen dadurch bestimmt werden, sich Preußen, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt sich Baiern zu unterordnen? Oestreich würde in der vorgeschlagenen Bildung eine Verletzung seiner Rechte, Frankreich eine Gefährdung des Gleichgewichts sehen, die Mittel- und Kleinstaaten aber müßten ihre Souvenainetät aufgeben, was sie eben nicht wollen. Bei dem deutschen Volke fände diese Organisation sicherlich gar keinen Anklang, weil sie noch viel weniger leisten könnte, als die Bildung des sogenannten Kleindeutschland. Uebrigens ist die Meinung des Verfassers, die Süddeutschen würden sich niemals eine preußische Hegemonie gefallen lassen, eine unrichtige. Dem Referenten sind nicht wenige Männer in Hessen-Darmstadt, Baden und Nordbaiern bekannt, die seit dem Jahre 1849 an der Idee eines deutschen Bundesstaates unter Preußens Führung festhalten; in München wurde allein von Bewohnern dieser Stadt im Jahre 1849 eine mit 20,000 Unterschriften bedeckte Petition an den König von Baiern gerichtet, die auf Annahme der Reichsverfassung mit dem Hohenzollernschen Kaiserthum drang; und welche Fortschritte der National-Verein in neuerer Zeit in Württemberg gemacht, ist bekannt. Es bedarf nicht künstlicher Zwischengestaltungen, das aus den Verhältnissen sich als richtig ergebende Ziel wird unter dem Einfluß der Haltung Frankreichs um so früher erreicht werden.

Berlin, 8. Mai. Seit dem 1. Mai hat die Kommission zur Feststellung der neuen Grenzen zwischen Frankreich und Piemont ihre Thätigkeit begonnen, nach deren Beendigung sodann das sardinische Parlament über den Abtretungsvertrag vom 24. März debattiren wird. Die Sorge der französischen und sardinischen Regierung ist jetzt auf die Erzielung einer möglichst großen und kompakten Majorität im Parlamente für die Abtretung gerichtet. Das scheint aber auch ihre einzige Sorge zu sein; denn weniger als je spricht man jetzt von einer Konferenz, seitdem, mit Ausnahme von Preußen und England, die Mächte der Schweiz, die eine solche Konferenz dringend wünscht, zwar ihre wohlwollende Theilnahme ausgedrückt, im Uebrigen aber das Verlangen nach einer Konferenz keineswegs mit Nachdruck unterstützt haben. Nichtsdestoweniger hat der Bundesrath, wie der „Bund" meldet, „Schritte gethan, den Zusammentritt der Konferenz zu beschleunigen", und in einer neuen Cirkularnote an die Mächte, in welcher wiederum auf die Zusammenberufung einer Konferenz gedrungen wird, die strategische Bedeutung der neutralisirten Provinzen Savoyens vom Standpunkt der Aufrechterhaltung der schweizerischen Neutralität aus bewiesen. Wie viel damit ausgerichtet wird, steht zu erwarten. Eine fernere Depesche aus Genf spricht davon, daß Piemont der Schweiz die Herstellung einer die Schweiz durchschneidenden Eisenbahn zur Verbindung von Italien und Deutschland vorgeschlagen habe.

— Die Agrarkommission des Abgeordnetenhauses hat auf Anregung eines von Herrn Schellwitz eingebrachten Antrages und im Einverständniß mit der Regierung ein Gesetz zur Erleichterung des Austausches einzelner Parzellen von Grundstücken entworfen. Dasselbe spricht zunächst die gänzliche Aufhebung des Gesetzes vom 13. April 1841 aus und gestattet dann jeden Grundstücksaustausch, sofern bei landschaftlich beliehenen Grundstücken die Kredit-Direktion, bei anderen die Auseinandersetzungsbehörde bescheinigt, daß der Tausch den Hypotheken- und Realgläubigern so wie den etwa interessirenden Lehn- und Fideicommiß-Berechtigten unschädlich sei, und sofern die Parzelle im Verhältniß zu dem Gute von geringem Werth und Umfange ist und das letztere durch den Tausch an Werth nicht verliert. Beträgt der Werth der abzutretenden Parzelle mehr als der Werth des einzutauschenden Grundstücks, so ist eine Ausgleichung durch Kapitalzahlung zulässig und kommen hinsichtlich der Verwendung solcher Kapitalien in das Hauptgut die Vorschriften über die Verwendung der Ablösungs-Kapitalien zur Anwendung. Das eingetauschte Grundstück tritt in alle realen Beziehungen zu dem Hauptgut an die Stelle der abgetretenen Parzelle.

— Die Gemeinde-Kommission des Hauses der Abgeordneten hat ihre Berathung der neuen Kreis-Ordnung beschleunigt, daß sie damit in ihrer heutigen Sitzung zu Ende kommen wird. Referent ist der Abgeordnete Diedrichs. Der Bericht wird schwerlich vor Ende dieser Woche festgestellt werden können; ob er noch im Plenum zur Berathung kommt, steht dahin. — Ueber die von den Abgeordneten v. Forkenbeck und Genossen eingebrachte Novelle zur Städte-Ordnung, so wie über die Duncker-Veitsche Novelle zur Gewerbe-Ordnung wird es nicht zur Berichterstattung kommen.

— Die kurhessische Frage soll doch noch im Herrenhause zur Berathung kommen; wie es heißt, wird sie im nächsten Petitionsbericht besprochen werden.

— Am Montage früh starb Auguste Bernhard, früheres Mitglied des Königlichen Hoftheaters, nach langen, namenlosen Leiden im 35. Jahre ihres Alters. Vor ungefähr acht Jahren wurde die talentvolle junge Dame von einer vollständigen Körperlähmung befallen, die allen Heilversuchen widerstand. Später trat noch Blindheit zu diesem traurigen Zustand. In der Dichterin Elise Schmidt fand sie eine treue, aufopfernde Pflegerin bis zum Grabe. Eine Königl. Pension, so wie die theilnehmende Unterstützung seitens der höchstens Herrschaften, befreiten die Unglückliche wenigstens von drückenden Lebenssorgen.

— (Fortsetzung der Mittheilungen aus dem Kommissionsbericht über die Verpflichtung zum Kriegsdienste.)

Von mehreren Mitgliedern der Kommission wurden dem Reorganisationsplan auch von andern Gesichtspunkten aus Bedenken entgegengestellt. Durch die Verweisung der Landwehr aus den Reihen des mobilen Heeres werde das Verhältniß des letzteren zu dem Volke ein wesentlich verändertes; mit der Landwehr sei gewissermaßen das Verbindungsglied zwischen Heer und Volk weggenommen; jenes werde diesem dann viel ferner gegenüberstehen. Das Land werde mit einem Netze von Garnisonen überzogen werden, und die Soldaten, in Kasernen abgeschlossen, dem Einflusse eines exklusiven Geistes des zum bei Weitem größten Theils aus Adeligen bestehenden Offizier-Korps unterliegen, und gerade, um diesen Einfluß desto wirksamer zu machen, halte man an 3 Jahren Dienstzeit für die Infanterie fest und wolle man die der Kavallerie auf 4 Jahre ausdehnen. Schon längst sei die Bevorzugung des Adels in der Armee von den Bürgerlichen als eine tiefe Verletzung und als eine Kränkung ihres Rechts empfunden worden, und wenn man bei der beabsichtigten Verdoppelung des stehenden Heeres dasselbe System verfolge, so würde damit die Kluft zwischen dem Heere und dem Volke immer tiefer werden; es werde sich ein Zustand ähnlich dem von 1806 mehr und mehr herausbilden und schließlich zu ähnlichen Resultaten führen; denn niemals werde eine preußische Armee siegreich sein, mit welcher nicht die Herzen des Volkes schlügen.

Dieser Auffassung wurde von Seiten der K. Staats-Regierung mit Wärme widersprochen. In der Thronrede seien die Worte gesprochen: „Das Heer sei das Volk in Waffen!" und wie könne es auch anders gedacht werden, da alljährlich 60,000 junge Männer aus dem Volke in die Armee, und aus dieser nach einer verhältnißmäßig kurzen Dienstzeit eben so viel aus der Armee in ihre heimathlichen Verhältnisse zurücktreten? Die Beförderung zum Offiziere im Heere regele eine Kabinets-Ordre von 1808, der sich eine andere aus dem Jahre 1848 anschließe. In beiden sei der Grundsatz ausgesprochen, daß jeder Soldat Anspruch auf die höchsten Stellen im Heere habe, und diese Kabinets-Ordres blieben auch für die künftigen Verhältnisse maßgebend. Daß die Zahl der bürgerlichen Offiziere eine verhältnißmäßig so geringe sei, sei eine ganz natürliche Erscheinung; sie schreibe sich noch aus älterer Zeit her, wo der Adel das Vorrecht besaß, die Offizierstellen im Heere zu besetzen, und wenn sich nach Aufhebung dieses Vorrechts so wenig Bürgerliche gemeldet hätten, so liege das eben in der die sozialen Verhältnisse der Menschen durchdringenden Anschauung, daß der Sohn die Neigung habe, den Stand seines Vaters zu ergreifen. Aus den Kadetten-Häusern sei allerdings nahezu die Hälfte der Offizierstellen besetzt worden, die Regierung habe aber immer die Tendenz gehabt, den Eintritt in das Offizierkorps anderen gebildeten jungen Leuten zu erleichtern. Die Zahl der aus Realschulen und Gymnasien mit dem Zeugniß der Reife in das Offizier-Korps übergetretenen Jünglinge sei im Jahre 1858 schon 80 gewesen. Daß zu seiner Ergänzung das Offizier-Korps selbst die Zustimmung ertheilen müsse, sei zur Förderung des Korporationslebens im Frieden nothwendig; im Kriege seien Tapferkeit und militärische Einsicht die einzigen Erfordernisse im Avancement.

Ein Standesgefühl müsse und werde das Offizier-Korps sich immer bewahren, und wo korporatives Leben gedeihen solle, könne das nur erwünscht erscheinen; sei ja seit dem Erwachen politischen Lebens im Volke die Armee auf den Standpunkt des Zuschauers gestellt.

Es wurde hierauf erwidert, daß, wenn auch die Intention der Regierung, an den gesetzlichen Bestimmungen festzuhalten, keineswegs bezweifelt werde, doch die Ausführung derselben in den untern Kreisen dem wenig entsprochen habe. Es sei notorisch, daß von manchen Truppen-Kommandeuren junge Leute bürgerlichen Standes, gegen deren Persönlichkeit keinerlei Einwendung zu erheben war, wenn sie sich zum Eintritt auf Avancement meldeten, aus allerlei Gründen, daß z. B. keine Vakanzen vorhanden seien, zurückgewiesen, unmittelbar darauf aber junge Edelleute angenommen worden seien. Auch sei es augenscheinlich, daß die große Zahl von Bürgerlichen, welche in den Jahren nach den Befreiungskriegen als Offiziere in die Armee traten, allmälig fast ganz aus dieser entfernt worden seien, weshalb denn auch in den höheren Chargen nur ausnahmsweise noch Nichtadlige sich fänden, während ihre adligen Altersgenossen zum großen Theil der Armee noch angehörten. Wie sei es auch anders als aus solcher Praxis den gesetzlichen Bestimmungen entgegen, zu erklären, daß schon seit Jahren in manchen Regimentern kein einziger bürgerlicher Offizier sich fände, daß bei der Garde-Infanterie und Cavallerie ein solcher kaum noch denkbar ist? Nur bei der Artillerie und im Ingenieur-Corps sei die Zahl der bürgerlichen Offiziere überwiegend, also gerade bei den Waffen, die vorzugsweise eine gründliche wissenschaftliche Bildung voraussetzen, eine Erscheinung, die doch wahrlich nicht zum Nachtheil bürgerlicher Elemente in dem Offizier-Corps spreche. Eine ausschließlich oder wenigstens überwiegend von adligen Offizieren geführte Armee werde man nirgends in unserm Vaterlande als das Volk in Waffen ansehen. Gerade die Besorgniß, daß ein solches Verhältniß sich bei der in Rede stehenden Reorganisation der Armee noch schroffer als bisher herausbilden werde, habe die öffentliche Meinung gegen die Reorganisation gestimmt und erwecke ihr täglich eine größere Zahl von Gegnern.

(Fortsetzung folgt.)

Danzig, 8. Mai. Von Bord unserer Schrauben-Corvette „Arkona" geht uns folgende Nachricht zu:

„Funchal, 19. April 1860. Nachdem wir seit Portsmouth ziemlich gutes Wetter gehabt, sind wir noch einer siebentägigen Reise heute hier angekommen; die sonst häufig sehr unruhige spanische See hat uns sehr geschont, wahrscheinlich da wir bei unserer Reise in der Nordsee bereits dafür entschädigt sind."

„Wir werden von hier schon morgen einen anderen Hafenplatz auf Madeira mitbesuchen, wahrscheinlich Tenerffa, wohin bereits gestern die „Elbe" vorausgegangen sein soll."

Posen, 5. Mai. Ueber den bevorstehenden Wechsel der hiesigen Oberpräsidentenstelle geht mir die verläßliche Mittheilung zu, daß mit dem 1. k. M. Herr v. Bonin als stellvertretender Oberpräsident mit Bestimmtheit hier erwartet wird. Hr. Vicepräsident v. Mirbach wird nicht, wie es neulich hieß, als Chefpräsident an die Regierung zu Danzig kommen, sondern laut eines glaubhaften Gerüchts die Stelle des Direktors bei der K. Oberrechnungskammer zu Potsdam übernehmen.

Hier schwebt ein ähnlicher Prozeß wie der Stieber'sche zu Berlin und wird am 23. d. zur Verhandlung kommen. Es handelt sich um den Mißbrauch der Amtsgewalt eines höheren Beamten, der den nun verstorbenen Gutsbesitzer v. H. zur Unterschrift eines Wechsels gezwungen hatte. Jedenfalls werden die §§. 315 und 318 des Strafgesetzbuches maßgebend bei dieser Verhandlung sein.

Breslau, 7. Mai. Der erste Kommandant unserer Stadt, General-Major von Derenthall, der sein Amt seit dem Juni vorigen Jahres bekleidet, ist, der „Breslauer Zeitung" zufolge, mit dem Charakter als General-Lieutenant zur Disposition gestellt und zu dessen Nachfolger, wie verlautet, der bisherige Kommandant von Saarlouis, General Krieß, allerhöchst ernannt worden.

Naumburg, 4. Mai. Als gestern Abend um 9 Uhr der Personenzug von Leipzig die Station Naumburg passirte, fiel plötzlich ein Schuß. Eine Kugel drang durch die Wagen-

scheibe und pfiff [mitten durch die dichtbesetzten Sitzbänke, ohne jedoch einem der Passagiere das geringste Leid zu thun; sichtlich höhere Fügung. Es bleibt kaum eine andere als die Annahme übrig, daß hier ein Ausbruch des ruchlosesten Muthwillens vorliegt, und es wäre zu wünschen, daß die angestellten Recherchen von Erfolg gekrönt würden, um dem Uebelthäter sein wohlerworbenes Recht auf nachdrückliche Züchtigung gewähren zu können.

Aus Schleswig, 4. Mai. Ein aus dem Preußischen gebürtiger Gutsbesitzer, Berkhan, der seit einer Reihe von Jahren im Schleswigschen ansässig ist, schreibt man der „Magd. Ztg.", war von dem Amtmanne von Gottorf gezwungen worden, die Gouvernante seiner Kinder zu entlassen, weil dieselbe, obwohl hinreichend befähigt, den Kindern Unterricht in der dänischen Sprache zu ertheilen, doch nach Ansicht der betreffenden Beamten des Dänischen nicht mächtig genug war, um den Religionsunterricht in dieser Sprache ertheilen zu können. Berkhan hatte alsdann wegen der Sprachverhältnisse vor längerer Zeit eine Audienz beim Könige, über welche er einem inländischen Blatte eine Mittheilung zugehen ließ; der Hardesvogt hat sich nunmehr gemüßigt gefunden, ihn, und zwar ohne daß gegen die Richtigkeit des Berichtes selbst etwas vorgebracht werden konnte, unter Androhung von 15 Tagen Gefängniß bei Wasser und Brod, zum Widerrufe seiner Mittheilung zu verurtheilen.

Dresden, 7. Mai. Ein hiesiges Blatt hatte sich aus Berlin schreiben lassen, es falle sehr auf, daß die Gesandten von Sachsen und Hannover plötzlich Berlin verlassen hätten. Beide sollen Erklärungen über die kurhessische Debatte verlangt haben und durch die Antwort nicht befriedigt worden sein. Darauf erwidert das offizielle „Dresdener Journal" mit folgendem Sachverhalt: „Der diesseitige Gesandte hat sich nach Leipzig begeben, um auf dem nahegelegenen Schlosse Dölkau (befindet sich beiläufig auf preußischem Gebiet) der Vermählung seiner Nichte beizuwohnen, und wird von dort alsbald nach Berlin zurückkehren. Der Königl. hannoversche Gesandte dagegen, welcher in der Regel im Sommer Berlin verläßt, ist durch ein trauriges Familienereigniß zu früherer Abreise veranlaßt worden. Ob der Letztgenannte Erklärungen über die kurhessische Debatte zu verlangen beauftragt gewesen sei, ist uns unbekannt; was dagegen den sächsischen Gesandten betrifft, so können wir versichern, daß derselbe durchaus nicht sich in der Lage befunden hat, einer Erklärung hinsichtlich der kurhessischen Kammer-Debatte zu bedürfen, und ganz und gar nicht in den Fall gekommen ist, darüber eine Antwort einzuberichten."

Leipzig, 7. Mai. Der Börsenverein der deutschen Buchhändler bewilligte in seiner gestrigen General-Versammlung der deutschen Schillerstiftung die Summe von 300 Thlr.

Oestreich.

Wien, 6. Mai. Was von der Absicht des Kaisers gesagt wird, dem französischen Hofe einen Besuch zu machen, ist nicht ganz ohne Grund. Die Veranlassung bieten die Angelegenheiten des Orients. Indessen stellen die Zeitungen die Absicht gereifter dar als sie ist. Auf keinen Fall wird eine Zusammenkunft der beiden Monarchen vor dem Eintreffen des Freiherrn v. Prokesch stattfinden. In der diplomatischen Welt wird dem gegenwärtigen Internuncius im Zusammenhange mit der beabsichtigten Zusammenkunft der beiden Kaiser eine neue Stellung zugewiesen. Man glaubt, er werde den Fürsten Metternich bei den Tuilerien ersetzen, Fürst Metternich dagegen zum Bundestags-Gesandten ernannt werden. — General Benedek ist aus Pesth hierher berufen. Die Ursache ist die Ablehnung mehrerer der zur Vertretung Ungarns in den Reichsrath berufenen Magnaten. Nicht nur Eötvös und Somoich, sondern auch die Altconservativen Vay und Barkoczy haben erklärt, die ihnen angetragene Mitgliedschaft nicht anzunehmen. Vom Grafen Mailath glaubt man, er werde dem Rufe des Kaisers Folge geben.

Frankreich.

Paris, 6. Mai. Prinz Napoleon hat gestern Abends Paris verlassen, um sich nach Genf zu begeben. So viel man sich erzählt, hat die Reise keine politische Bedeutung, und der Vetter des Kaisers will bloß eine Besitzung besichtigen, die er im vor. Jahr am Genfer See angekauft hat.

Im Lager von Chalons sind bereits 60,000 Mann eingetroffen und sollen weitere 20,000 Mann dahin befördert werden, wie der Kaiser dem Marschall Mac Mahon versprochen hat, als er ihm das Kommando über das Lager anbot. Von den fünf Divisionen des Okkupations-Heeres in der Lombardei sollen vier aufgelöst werden. Bloß eine einzige, die Division Bazaine, bleibt zusammen und wird in Paris Garnison nehmen.

Großbritannien und Irland.

London, 6. Mai. Das „Court Journal" sagt: „Der Besuch, den Ihre Majestät die Königin der Stadt Berlin abstatten will, bleibt nun bis zum Herbste verschoben. Der Hof wird sich am 20. oder 21. d. nach Osborne begeben und am 2. Juni nach Windsor zurückkehren. Am 18. Mai soll eine große Freiwilligen-Musterung in Hyde Park Statt finden.

Die Zahl der Auswanderer, welche sich im vorigen Monate zu Liverpool einschifften, betrug 9992, darunter 8037 Irländer.

Spanien.

Der „Indep. Belge" werden die Anklagepunkte aus dem Ortegaschen Prozesse wie folgt mitgetheilt:

Der General war überführt und geständig: „seit längerer Zeit Verbindungen angeknüpft zu haben mit dem Grafen Montemolin und dessen Familie, ebenso wie mit dem Carlistengeneral Don Joaquin Elio, zum Zwecke besagten Montemolin auf den Thron Spaniens zu erheben an Stelle der Königin Isabella und ihrer legitimen Nachfolger; 2) ohne höhere Genehmigung und ohne gesetzlichen Grund über eine Summe von 800,000 Realen disponirt zu haben, die er aus den Staatskassen nahm zur Bestreitung der Unkosten einer gegen die bestehende Regierung gerichteten Insurrektion; 3) den größeren Theil der Truppen und der Garnison der balearischen Inseln eingeschifft zu haben mit sämmtlichem Kriegsmaterial und Munition, die ihm durch die Regierung J. M. anvertraut waren zum Schutze der Sicherheit und zur Erhaltung des Territoriums, das er verließ, um das Ganze nach dem Kontinent zu führen; an einer Stelle einer außerhalb seiner Jurisdiktion befindlichen Militärdivision gelandet zu sein und versucht zu haben, die Truppen mit Verletzung der nationalen Interessen zu Zwecken zu verwenden, die unvereinbar sind mit dem Eid der Treue, den sie der Königin und dem Vaterlande geschworen haben; 4) endlich gemeinsame Sache gemacht zu haben mit den Feinden des Thrones Isabella II., ihren legitimen Erben und der bestehenden Verfassung und sich bei seiner Ankunft in San Carlos de la Rapita mit mehreren Carlistenchefs umgeben zu haben, unter Anderen sich Montemolin genähert zu haben, dem er Ehren erzeigte, die einzig dem legitimen Souverän zn erweisen sind."

Provinzielles.

Stettin, den 9. Mai.

** Dem Major v. Sandrart vom Generalstabe unseres Armeekorps und dem Rittmeister Freiherr Roth von Schreckenstein, Adjutant der hiesigen 3. Division ist von dem Könige von Spanien das Ritterkreuz vom St. Ferdinands-Orden verliehen und denselben von Sr. Königl. Hoheit dem Prinz-Regenten die Anlegung derselben erlaubt worden.

* Die an sämmtliche Obergerichte und Ober-Staatsanwalte unterm 12. April gerichtete Verfügung des Justizministers, betreffend die Betheiligung der Justizbeamten als Mitglieder der Verwaltungs-Vorstände bei Aktien- und ähnlichen Gesellschaften, lautet:

„Die Betheiligung der Beamten als Mitglieder der Verwaltungsvorstände (Verwaltungsräthe, Ausschüsse rc.) bei Aktien- oder ähnlichen Gesellschaften, welche ganz oder theilweise auf einen Handels- oder Gewerbebetrieb gerichtet sind, hat mehrfach zu Uebelständen geführt, welche es in einzelnen Fällen den Centralbehörden zur Nothwendigkeit gemacht haben, die betreffenden Beamten zur Niederlegung solcher Nebenbeschäftigungen zu veranlassen. Um dergleichen Unzuträglichkeiten vorzubeugen, ist es erforderlich, der Uebernahme von Nebenbeschäftigungen der genannten Art seitens der Beamten eine sorgfältige Prüfung der Frage vorangehen zu lassen, ob den letzteren die Nebenbeschäftigung im dienstlichen Interesse gestattet werden kann."

„Hinsichtlich der richterlichen Beamten bestimmt bereits der §. 19 Tit. 3 Thl. III. der Allgemeinen Gerichts-Ordnung in Verbindung mit dem §. 8 Tit. 8 daselbst, daß dieselben ohne Erlaubniß des Chefs der Justiz keine Nebenbedienungen annehmen, viel weniger sich mit der Besorgung der Privat- oder außergerichtlichen Angelegenheiten der Parteien rc. oder sonst mit dergleichen zerstreuenden Nebengeschäften abgeben sollen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß zu den hier erwähnten Nebengeschäften auch die Funktion als Mitglied eines Verwaltungsvorstandes bei den oben gedachten Gesellschaften zu zählen ist. Im Anschluß an jene gesetzliche Vorschrift und mit Bezug auf die Allerh. Ordere vom 20. November 1840 (Jahrbücher Bd. 55 S. 518) findet sich der Justizminister zu der Bestimmung veranlaßt, daß die Justizbeamten aller Kategorien, mit Ausnahme derjenigen, welche, ohne eine Besoldung aus der Staatskasse zu beziehen, durch ihren Beruf darauf hingewiesen sind, ihren Erwerb durch Dienstleistungen für das Publikum zu suchen, sich fernerhin nicht mehr als Mitglieder der Verwaltungsvorstände bei industriellen Aktien- oder ähnlichen Gesellschaften betheiligen dürfen, ohne zuvor die Genehmigung des Justizministers dazu nachgesucht und erhalten zu haben."

* Stargard, 8. Mai. Der bisher mit der Führung des 9. Landwehr-Regiments beauftragte Oberst-Lieutenant v. Owstien ist von diesem Kommando entbunden und unter Stellung à la suite des 14. Inf.-Regts. zum Kommandanten von Wittenberg ernannt. Das Scheiden des humanen Kommandeurs aus unserem Orte wird in hiesigen militärischen Kreisen ebenso wie von unserer Einwohnerschaft sehr bedauert.

Seit alter Zeit wurden von den hier abgehaltenen 6 Viehmärkten die 3 Herbstmärkte vor dem Johannisthor und 3 Frühjahrsmärkte vor dem Wallthore gehalten. In neuerer Zeit sind dazu noch 3 Fettviehmärkte gekommen, die ebenfalls vor das Johannisthor verlegt wurden, weil man an maßgebender Stelle annahm, daß die Nähe des Bahnhofs den Transport hier angekauften Fettviehs erleichtern und zureisenden fremden Käufern der Marktplatz bequemer sei. Jetzt haben nun die Anwohner der Wallthorvorstadt sich an den Magistrat mit der Bitte gewandt, sämmtliche Vieh- und Pferdemärkte vor das Wallthor zu verlegen, da der Verkehr dieses Stadttheils durch die vor dem entgegengesetzten Thore befindliche Eisenbahnstation erheblich gelitten und namentlich seit der Eröffnung der hinterpommerschen Bahn Güter nur durch die Eisenbahn befördert, damit aber die früher durch lebhaftes Fuhrwesen und bedeutende Viehtransporte ihnen eröffnete Nahrungsquelle versiegt sei. Sie hoffen durch den Verkehr an den Viehmärkten in etwas entschädigt zu werden. Dagegen führen die Bewohner, Gastwirthe und Restaurateure der Johannisvorstadt in einer Gegenvorstellung aus, daß sie unter den durch die Eisenbahn veränderten Verkehrsverhältnissen gleichfalls und noch weit schwerer gelitten und man ihnen durch Entziehung der Märkte nicht gänzlich den Rest geben möge, während den Wirthen der Wallthorvorstadt bereits durch Verlegung der Wochenviehmärkte dorthin, eine früher nicht gehabte Einnahmequelle zugewiesen sei. Wie die Väter der Stadt entscheiden werden, ist noch nicht bekannt.

* Cöslin, 7. Mai. In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten wurde Herr Kämmerer Krey seiner Funktionen als Mitglied des Magistrats entbunden und Herr Kreisgerichtssekretär Reck als Beigeordneter eingeführt.

* Colberg, 7. Mai. Der Schiffscapitain J. H. Schütz ist zum Oberlootsen hierselbst ernannt worden.

Telegraphische Depeschen.

Hannover, 8. Mai. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung der zweiten Kammerr erklärte der Minister des Innern, Herr von Borries, ungefähr Folgendes: Die Zeitungen hätten seine Aeußerungen absichtlich oder unabsichtlich irrig aufgefaßt. Die Vergangenheit Hannovers sichere gegen Mißdeutungen. Hannover halte am Bunde fest. Keine Regierung könne auf Grund der Bundesverfassung ein Bündniß mit einer auswärtigen Macht gegen andere deutsche Mächte, am wenigsten mit Frankreich abschließen. Er habe nur die Möglichkeit vorbehalten, wenn durch zweckwidrige Mittel des Nationalvereins Alles aus den Fugen gehe.

Konstantinopel, 8. Mai. (W. T. B.) Der Ankunft des Marquis von Lavalette wird morgen entgegen gesehen.

Heute findet ein Requiem für Szecheny, durch die hier lebenden Ungarn veranstaltet, Statt.

Börsen-Berichte.

Stettin, 0. Mai. Witterung: schönes warmes Frühlingswetter, Nachts und heute Mittag Regen. — Temperatur + 15°. Wind: SSW.

Am heutigen Landmarkt bestand die Zufuhr aus: 5 W. Weizen, 10 W. Roggen, 3 W. Gerste, 4 W. Hafer, 1 W. Erbsen. — Bezahlt wurde für: Weizen 72—76 Rt., Roggen 50—54 Rt., Gerste 40—44 Rt., Erbsen 49—51 Rt., alles pr. 25 Schfl.; Hafer 30-32 Rt. pr. 26 Schfl.

Stroh pr. Schock 6—7 Rt. Heu pr. Ctr. 14—17½ Sgr.

An der Börse:

Weizen unverändert, loco pr. 85pfd. gelber 73—75½ Rt. bez., pr. Frühjahr 85pfd. gelber inländ. 76 Rt. bez. u. Br., 75½ Rt. Gd., vorpomm. do. 76½ Rt. Br., Juni-Juli exkl. schles. 76 Rt. bez., Br. und Gd., Juli-August inländischer 77 Rt. bez.

Roggen weichendloco pr. 77pfd. 47½ Rt. bez., Frühjahr 48¼, ⅛, 48, 47½ Rt. bez., Mai-Juni 46½ Rt. bez. und Br., Juni-Juli 46¼ Rt. bez., Juli-August 46½ Rt. bez. und Br., September-Oktober 46 Rt. bez.

Gerste und Hafer ohne Umsatz.

Rüböl flaust, loko 11¼ Rt. Br., Mai-Juni 11¼ Rt. Br., 11 Gd., Juni-Juli 11⅜ bez., September-Oktober 12 Rt. bez.

Leinöl loko inkl Faß 10⅓ Rt. bez., 10 5/12 Br., September-Oktober 10¾ Rt. Br.

Spiritus matt, loko mit und ohne Faß 17¾ Rt. bez., Frühjahr 18, 17 11/12, ⅞ Rt. bez., Mai-Juni 18 bez., 17 11/12, Br., 17⅚ Gd., Juni-Juli 18¼ Rt. bez. u. Br., Juli-August 18 5/12 Rt. bez. u. Gd., 18½ Br., August-September 18⅔ Rt. bez. u. Gd., 18¾ Rt. Br., Septbr.-Oktober do.

Danzig, 8. Mai. Weizen rother 127.129—131.2pfd. nach Qualität von 80—81½—84—85 sgr., bunter, dunkler und glasiger 127—128—31—32pfd. von 80—82—85—87½ sgr., feinbunt, hochbunt, hellglasig und weiß 130.32—133.35pfd. von 86—87½—90—93 sgr., Roggen 56—55½ sgr., pr. 125pfd. und für jedes Pfund mehr oder weniger ½ sgr. Differenz. — Erbsen von 55—56—59—60 sgr., extra schön bis 62 sgr. — Gerste kleine 105.8—110.2 pfd. von 45—47—48—49 sgr., große 110.14—116.20pfd. von 48.51—53.58 sgr., Kavalier bis 60 sgr. — Hafer von 30—32—33 sgr., für schön weiß bis 35—36 sgr. — Spiritus ohne Zufuhr.

Wetter: schön und möglichst warm.. Wind: W.

Hamburg, 8. Mai. Getreidemarkt. Weizen loko und ab Auswärts zu letzten Preisen gehalten, jedoch stille. — Roggen loko fest, ab Königsberg 80pfd. Juni-Juli 77—78, ab Ystadt 124—25pfd. Juni-Juli 77—78 bezahlt. — Oel pr. Mai 24½, pr. Oktober 26⅛. — Kaffee 2000 Sack Domiugo- 6 7/16—6¾.

Posen, 7. Mai. Roggen zu steigenden Preisen Mehreres umgesetzt, bis zum Schlusse fest, pr. Mai-Juni 45¼—⅓ Rt. bez. und Gd., Juni-Juli 45¼—⅓—5/12 Rt. bez., pr. Juli 45½ Rt. bez. und Geld.

Spiritus (pr. 8000 pCt. Tralles) ebenfalls zu höheren Preisen gehandelt und fest schließend, mit Faß pr. Mai 16 11/12—17 Rt. bez., pr. Juni 17¼—⅓ Rt. bez., pr. Juli 17½ Rt. Gd.

London, 8. Mai. Silber 61⅝. Consols 95⅜. 1% Spanier 37½. Mexicaner 21⅛. Sardinier 25½. 5% Russen 108. 4½ % Russen 98¾.

Die telegraphischen Depeschen melden:

Berlin, 9. Mai. Staatsschuldscheine 83½ Gd. Prämien-Anleihe 3½pCt. 113⅜ bez. Berlin-Stettiner 99½ Br. Stargard-Posener 79⅞ bez., Oestr. Nat.-Anl. 59⅞ bez. Diskonto-Commandit-Anth. 82¾ Br. Franz. Oest. Staats-Eisenbahn-Aktien 136 bezahlt. Wien 2 Mon. 74⅜ bez. Hamburg 2 Mon. — bez. London 3 Mon. — bez.

Roggen pr. Frühjahr 50¾ bez., 50 Gd., pr. Mai-Juni 50¼ bez., 49¾ Br., pr. Juni-Juli 50, 49½ bez.

Rüböl loco 11 Gd., pr. Mai 11 1/24, 11 1/12 bez., Juni-Juli 11¼ bez., pr. September-Oktober 12, 12 1/12 bez.

Spiritus loco pr. 8000 pCt. 18½ bez., Mai-Juni 18⅙ bez., 18 Gd. Juni-Juli 18 5/12, 18⅓ bez., Juli-August 18¾, 18⅔ bez.

Stettiner Börse vom 9. Mai 1860.

Berlin	kurz	100 B	Pomerania ..	...	107 B
„	2 Mt.	99⅓ B.	Union	...	101 G
Hamburg ...	6 Tag.	150¾ bz u B	St. Börsenh.-		
„ ...	2 Mt.	150¼ B	Obligationen	...	—
Amsterdam .	8 Tag.	141½ G	St. Schausp.-		
„ .	2 Mt.	— bz u B	Obligationen	...	—
London.....	10 Tg.	6 20 B u bz	St. Speich.-A.	...	118 B
„	3 Mt.	6 17¼ B	V.-Speich.-A.	...	— B
Paris	10 Tg.	79⅓ B	Pomm. Prov.-		
„	2 Mt.	— B u bz	Zuckers.-Act.	...	— G
Bordeaux ...	10 Tg.	— B	N. St. Zucker-		
„ ...	2 Mt.	78 11/12 B	Sied.-Actien.	...	500 B
Bremen.....	8 Tg.	— B	Mesch. Zuck.-		
„	3 Mt.	—	Fabrik-Anth.	...	— B
St. Petersbg.	3 Woch.	—	Bredower do.	...	—
Wien........	8 Tag.	— B	Walzmühl-A.	...	— G
„	2 Mt.	—	St. Portl. Cem.		
Frw. St.-Anl.	4½	—	Fabrik	...	100 B
Staats-Anl...	4½	99½ B	Pom. Chauss.-		
„ ..	5	104½ B	bau-Obligat.	5	—
St.-Schldsch.	3½	— B	Stett. Dampf-		
Pr. Präm. Anl.	3½	— B	Schlepp-Ges.	...	800 B
Pomm. Pfdbr.	3½	87 bz	Stett. Dampf-		
„ Rentenbr.	4	—	schiffs-Ver. ..	...	220 B
Ritt. P.P.B.A.			N. Dampf.-C.	...	88 B
à 500 Rtl. ..	...	— B	Germania ...	...	94 B
Berl.-St. Eisb.			Vulcan	...	50 B
Act. Lit. A. B.	4	—	Stett. Dampf-		
„ Prior.- ..	4½	—	mühlen-Ges. .	4	60 B
„ „ ..	4	—	Pommerensd.		
Starg.-P. E. A.	4½	—	Chem. Fabrik	...	113 B
„ Prior.- ..	3	—	Chem. F.-Ath.	...	500 B
„ „ ..	4½	98 G	Stett. Kraft-		
Stett. Stdt.-O.	4½	— B.	Dünger-F.-A.	...	45 B
St. Str.-V.-A.	...	100 G	Used. - Woll.		
Pr. Nat.-V.-A.	4	100 B	Kreis-Oblig. .	5	— B
Pr. See-Ass.-			Greifenhagen		
Comp.-Act. .	...	650 B	Kreis-Oblig. .	5	—